

Alle Rechte beim Urheber.

Abdruck nur gegen Belegexemplar, Honorar plus 7% MwSt.

Wissenspolitik - Legitimierung politischer Entscheidungen aus philosophischer Sicht

Freiheit! Kaum ein politischer Grundwert hat so viele, so überzeugte, ja glühende Anhänger gefunden wie die Freiheit. Der Unterdrückung entrinnen, das Joch der Fremdherrschaft abwerfen, die Ketten der Sklaverei sprengen und freien Fußes ein Leben in Selbstbestimmung führen. Um den Wert der Freiheit zu würdigen, muss man nicht in ein dunkles Verlies hinabsteigen. Jeder erfährt Zwänge und Beschränkungen, deren Überwindung ihm die Freiheit verspricht. Frei wie ein Vogel würde der Mensch sich in die Wolken erheben, zwänge ihn nicht die Schwerkraft auf den Boden; vom Feinsten und Teuersten würde er einkaufen, drückte ihn nicht ein bescheidenes Einkommen zum Haushalten; seinem Vorgesetzten würde er reinen Wein einschenken, könnte er frei die Stelle wechseln; und mitten auf der Straße würde er fahren, wäre es nicht bei Strafe verboten.

Beim Gedanken an die Freiheit schließen wir die Augen, Luft strömt durch die Nase und der Brustkorb schwellt: Alles wird möglich. Keine Hindernisse, keine Verbote, statt dessen Tun und Lassen, was einem gerade recht ist. Diese lustvolle Freiheit findet schnell ihre Grenzen. Im Anderen, dessen bloße Präsenz uns schon als Gewalt entgegentritt. Der Andere zwingt uns zur Rücksicht. Sofern eine Instanz da ist, die die Rücksichtnahme einfordert und durchsetzt. Gäbe es diese Instanz nicht, so argumentierte Thomas Hobbes, würden die Menschen übereinander herfallen, Störenfriede beseitigen, ihr Hab und Gut stehlen oder sie mit körperlicher Gewalt zum Fron verknechten. Es käme zu einer Eskalation der Gewalt, zu einer dauerhaften Unsicherheit. Auf Schritt und Tritt lauerte Gefahr für Leib und Leben: Die maximale Freiheit führte in eine maximale Unfreiheit.

Im Vergleich zur Gewalt freier Menschen sei, so Hobbes, die Staatsgewalt das kleinere Übel. Indem die Bevölkerung einige ihrer Freiheiten an den Staat abträte, sicherte sie sich den größten Teil ihrer Freiheit. Die Freiheit der Berufswahl, die Freiheit des Geschäftsverkehrs, die Freizügigkeit innerhalb des Staates, die freie Wahl der Religionszugehörigkeit und allen voran die Meinungsfreiheit werden erreichbar, wenn die Bevölkerung dem Staat das Gewaltmonopol zugesteht. Dann kann

inspective.

für und gegen jeden der Erhalt der Freiheiten erzwungen werden. Weil der englische Staatsphilosoph die Gefahr eines übermächtigen Staates, der seine Bürger gängelt, sehr wohl sah, empfahl er, die Staatsgewalt zu stückeln: in die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt. Damit die geteilten Gewalten nicht ihrerseits Macht anhäuferten und zu einem Staat im Staate auswüchsen, empfahl der französische Staatstheoretiker und Geschichtsphilosoph Baron de Montesquieu eine Balance. Die drei Gewalten sollten sich gegenseitig kontrollieren.

Damit wären die Grundzüge einer modernen Staatsphilosophie dargetan. Die Spannung zwischen Freiheit und Gewalt musste unter eine Kontrolle gebracht werden. Freiheit ist kontrollierte Gewalt. Kontrollinstanz sollte das Recht sein. In die Form von Gesetzen gießt es die Legislative, seine Befolgung überwacht die Exekutive unter den Augen der Gerichte, der Judikative. Ein freiheitlicher Staat kann daher nur ein Rechtsstaat sein. Darin sind sich die meisten Philosophen einig. Umstritten ist jedoch, welche Personen die Gewalten im Staat vertreten und wie sie in ihre Position gelangen sollen. Weil von der Gewalt, die das Recht erst in die Welt setzt, der Maßstab für die beiden anderen errichtet wird, ist die Gesetzgebung am umstrittensten. Schließlich hängt im Sinne der Freiheit alles davon ab, dass die richtigen politischen Entscheidungen getroffen werden, das richtige Recht Gesetz wird.

Die Entscheidung über den Modus der Gesetzgebung fällt zusammen mit der Entscheidung über die Staatsform. Denn jeder Staat steht und fällt mit vernünftigen Gesetzen. Vernunft sprach Friedrich II den Mehrheiten ab. Vernunft versammle sich in einzelnen, herausragenden Persönlichkeiten; weshalb in einer Monarchie zumindest die Chance bestehe, dass zuweilen ein Vernünftiger die politischen Entscheidungen treffe. Dem steht die Ansicht entgegen, dass doch alle Monarchen gleich seien. Genauso gleich wie ihre Untertanen. Demokratische Staatsphilosophen haben im Ausgang von Marcus Tullius Cicero neben der Freiheit einen zweiten Grundwert installiert: die Gleichheit. Im Gründungsdokument der ersten neuzeitlichen Demokratie, der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, heißt es gleich zu Beginn: „All men are created equal.“ Politische Entscheidungen sollen von Gleichen unter Gleichen getroffen werden.

Die Entscheidungen stehen freilich unter der Vorgabe, im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen zu liegen. Daran müssen sich seit Aristoteles die Gesetze eines Staates bemessen lassen. Rechtfertigen lässt sich ein Gesetz dann,

wenn es die Freiheiten der Bevölkerung sichert. Dazu zählt auch die Abwehr von Risiken jeglicher Art für Leib und Leben. Nicht nur der Schutz vor gewalttätigen Zeitgenossen steht in der Verantwortung des Staates. Er muss seine Bürger auch schützen vor Umweltrisiken wie dem Klimawandel, vor gesundheitlichen Gefahren, die die Gentechnik oder die elektromagnetische Strahlung von Mobiltelefonen in sich bergen oder vor Risiken, die vom Betrieb eines Kernkraftwerkes ausgehen. Das sind hohe Ansprüche an politische Entscheidungen. Hohe Ansprüche an die Volksvertreter einer repräsentativen Demokratie. Wie kann sie ihnen entsprechen?

Freiheit und Gleichheit spalten in einer Demokratie die Legitimierung politischer Entscheidungen in zwei Stränge. Einen rationalen, der die Entscheidung des Politikers zum Wohl der Betroffenen führt, und einen partizipativen, der den Politiker in den Stand eines Entscheidungsträgers setzt. Die Volksvertreter sind diejenigen, die im Parlament politische Entscheidungen treffen sollen, und die Entscheidungen sollen diejenigen sein, die die Freiheit und die Gleichheit der Bevölkerung sichern. Eine politische Entscheidung ist in einer Demokratie also dann legitim, wenn sie von gewählten Volksvertretern getroffen wird, und wenn sie im Sinne der Bevölkerung getroffen wird. Sie muss völkisch und vernünftig sein. Ihre Legitimierung ist demnach eine doppelte: partizipativ und rational.

Der Politiker muss nun beide Stränge zusammenführen. Er muss sich im politischen Wettbewerb behaupten, um ins Parlament gewählt zu werden. Und er muss sich sachkundig machen, um dort vernünftige Entscheidungen treffen zu können. Die demokratische Wahl legitimiert ihn zu politischen Entscheidungen, die Akzeptanz seiner Entscheidungen legitimiert seine Wiederwahl. Je besser ein Politiker seine Entscheidungen legitimieren kann, desto wahrscheinlicher ist sein Verbleib im Parlament. Und je weniger Politiker ihre Entscheidungen legitimieren können, desto weniger Bürger gehen zur Wahl. Bleiben Wahlkabinen und -urnen leer, verliert die Demokratie ihrerseits ihre Legitimation. Für den Bestand der Demokratie ist erforderlich, dass sich Wähler und Politiker rational verhalten. Die Rationalität von Entscheidungen ist in der Demokratie ebenso vorausgesetzt wie die Gleichheit der Entscheidungsträger.

Rational können sich Wähler und Politiker verlässlich nur dann verhalten, wenn sie aufgeklärt sind, bescheid wissen und Zusammenhänge erkennen. Ohne Aufklärung lässt sich keine Demokratie verwirklichen, deren Gleichheitsgrundsatz nicht vor Barbaren oder Unterschichten halt macht. Ein Politiker, der um

die Kontrollierbarkeit von nuklearen Kettenreaktionen weiß, kann vernünftige Entscheidungen über den Betrieb von Kernkraftwerken treffen. Ein Wähler, der um die politischen Verantwortlichkeiten weiß, macht sein Kreuz an der richtigen Stelle. Demokratie ist immer schon verfasst als Wissensgesellschaft. Die Wissensgesellschaft ist für Demokraten nichts Neues. Sie manifestiert sich heute fast zwangsläufig in der noch vergleichsweise kurzen Geschichte moderner Demokratien. Bildung spielt darin eine Schlüsselrolle. Die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen, Volkshochschulen und Volkstheatern galt dem Bestreben, das Proletariat auf die Übernahme politischer Verantwortung vorzubereiten.

In einem demokratischen Rechtsstaat muss die Bevölkerung aufgeklärt sein, muss gebildet werden, damit die Menschen mit den gleichen Rechten auch die gleichen Chancen haben, an den politischen Entscheidungen teilzuhaben. Gleichheit ist in einer Demokratie demnach Voraussetzung und dauernde Aufgabe zugleich. Das für den Bestand einer Demokratie nötige Wissen muss seinen Weg in die Gesellschaft finden, muss den Staat in eine Wissensgesellschaft versetzen. Das nötige Wissen versprachen sich demokratische Vordenker der Aufklärung von der Wissenschaft. Das Naturrecht sollte die Gleichheit der Menschen begründen, die Naturgesetze den Weg weisen in eine künftige technologische Entwicklung und medizinische Versorgung. Große Anstrengungen flossen folglich in die Erforschung der Natur.

Karl Marx war der erste, der den Stellenwert der Wissenschaft in der Gesellschaft erkannte. Er war es auch, der auf ihre wachsende Verschränkung mit der Technik hinwies. Die Wissenschaft war zu einer beachtlichen Produktivkraft neben der Arbeitskraft geworden. Wie die Arbeiter geriet die Wissenschaft aber eben dadurch in eine unumkehrbare Abhängigkeit vom Kapital. Die Industrialisierung machte vor den Toren der Universitäten nicht halt. Sie begann im 19. Jahrhundert und setzt sich bis in die Gegenwart fort zu arbeitsteiligen Forschungseinrichtungen. Dort arbeiten hochspezialisierte Wissenschaftler an Großapparaten mit Chemikalien und Kristallproben, die sie von Chemiekonzernen beziehen und von kleinen privaten Forschungslaboren analysieren lassen. Die Labors werden nach ökonomischen Kenngrößen gemanagt und unter Verwertungsgesichtspunkten gefördert.

Im Zuge der Industrialisierung ist die innere Einheit der Wissenschaft zerbrochen. Sie zerbrach in einen Teil, aus dem sich Kapital schlagen ließ, und in einen, aus dem das nicht

möglich war. Der eine Teil sind die Naturwissenschaften, der andere überdauert als Geistes- und Sozialwissenschaften. Beide Teile stehen sich nach Charles P. Snow nunmehr als zwei Kulturen unversöhnlich gegenüber. Der Bruch nimmt der Wissenschaft ihre ursprüngliche, kulturelle Kohäsivkraft, das heißt die Kraft, die den inneren Zusammenhalt einer rechtsstaatlichen Demokratie bewirkt. Ihre legitimierende Funktion kann sie daher nur noch eingeschränkt wahrnehmen. Doch Wissenschaft ist beides, instrumentelle Technik und normatives Wissen. Sie hat einen funktionalen und einen regulativen Charakter; sie benennt die Ursachen von Wirkungen und bestimmt die Lösungen von Problemen.

Dazu ist die Wissenschaft nicht in der Lage in einer Wissensgesellschaft, die das lebenslange Lernen als lebenslange Ausbildung missversteht. Wenn Bildung die kühne Eroberung wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Zwecke eigenständiger Entscheidungen ist, dann ist Ausbildung die kleinlaute Übung technischer Handgriffe zum Zwecke fremdbestimmter Unterordnung unter eine Absatzstrategie. Wenn Lernen nicht über die Einarbeitung in die immer neuen Programme der elektronischen Datenverarbeitung, in immer neue Kommunikationssysteme oder in immer neue Fahrzeugtypen oder Diagnoseapparate hinauskommt, ist eine Demokratie ernsthaft gefährdet. Die Bevölkerung eines demokratischen Rechtsstaates muss aufgeklärt sein, damit jeder einzelne wählen kann und damit jeder einzelne wählbar ist.

Die aufklärende Wissenschaft ist ökonomische Produktivkraft und kulturelle Kohäsivkraft. Das ist sie aber nicht von allein, dazu muss sie gemacht werden. Dazu muss gedacht werden. Selbstständig gedacht werden. Sonst wird in der Wissensgesellschaft demokratischer Rechtsstaaten im 21. Jahrhundert Wissen zur Ware, zu einem Konsumgut gleich der Unterhaltung. Längst nämlich haben die Universitäten ihr Monopol auf die gesellschaftlich bedeutsame Wissensproduktion verloren. In den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Industrie sind inzwischen dreimal so viele Wissenschaftler beschäftigt wie an den Hochschulen. Außerhalb der Universitäten gedeihen nicht-akademische Wissenszweige alternativer Heil- und musealer Heimatkunde. Es boomen die Unternehmensberatungen. Zehn Prozent ihrer Umsätze, das sind 1,1 Mrd. Euro machen Roland Berger, McKinsey und Konsorten mit Aufträgen aus Politik und Verwaltung. Die Reorganisation der Bundesagentur für Arbeit oder die Erfindung der Kopfpauschale ist auf ihrem Mist gewachsen. Daneben drängen private Forschungsinstitute wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das European Media Laboratory, das Forschungsinstitut für Marktwirtschaft oder das

Forschungsinstitut für die Zukunft der Arbeit sich auf einem immer dichter werdenden Wissensmarkt, der nach Abnehmern sucht. Doch die Verfügbarkeit von Wissen ist kein Indikator für die Stabilität einer Demokratie. Erst wenn das Wissen zum Substrat des Denkens wird, verwirklicht sich Wissenschaft zur Aufklärung.

Die Ungleichzeitigkeit von Wissensgewinnung und Wissensverbreitung machen Aufklärung zu einem Ziel, das in einer offenen Wissenschaft nicht erreichbar ist. Die Differenzierung von Menschen nach ihrem Wissen ist daher unvermeidbar. Gleichheit lässt sich annähernd nur erzielen im Zugang zu den Wissensquellen. Ohne Übung des Denkens lassen sich diese jedoch nicht anzapfen. Die modernen Demokratien sind daher mit einem Handicap gestartet. Sie haben Politiker an die Macht gebracht, denen es an Wissen fehlt. An Wissen vom Umgang mit Energie, von den Grenzen der Gesundheit oder von den Folgen der Technik. Und das von volkswirtschaftlichen Unwägbarkeiten ganz zu schweigen. Damit sind sie nicht ausgestattet. Damit ist niemand ausgestattet. Die Politiker aber bringt dieser Mangel in Legitimierungsschwierigkeiten. Wenn sie ihre Entscheidungen nicht ohne Wissen treffen wollen, müssen sie es sich besorgen.

Naheliegenderweise holen sich die Politiker das benötigte Wissen bei Wissenschaftlern. Dadurch entstehen notwendig Eliten, die die Ungleichheit in der Demokratie verschärfen. Da ist die wissenschaftliche Elite, die sich als Experte aus dem Kreis der Wissenschaftler rekrutiert. Und da ist die politische Elite, die im Austausch mit der wissenschaftlichen Elite steht. Die Aufklärung der Bevölkerung vollzieht sich dann bestenfalls auf dem Umweg über die Politiker. Zwingend ist sie nicht. Zur Legitimierung seiner Entscheidung reicht dem Politiker schon der Verweis auf die Expertise. Für den Wähler füllt im Idealfall das Expertenurteil die politischen Vorgaben aus mit der unbeugsamen Rationalität wissenschaftlicher Argumente. Erweisen sich die Argumente dann doch nicht als haltbar, kann der Politiker die Verantwortung für eine Entscheidung abwiegen auf die Experten. Schließlich sind sie es, die die politische Entscheidung rational legitimieren. Der Haken: die Experten sind nicht partizipativ legitimiert. Kein Mensch hat sie gewählt.

Die Einbindung von Experten in die politische Entscheidungsfindung einer Demokratie verdient daher besondere Beachtung. Erweckt doch die Hinwendung zu Experten den Eindruck, als traue man dem wissenschaftlich-industriellen Fortschritt mehr als dem politischen Fortschritt. Die Politikberatung lässt sich nach Jürgen Habermas an drei Formen

inspective.

festmachen: erstens der technokratischen, wenn der Politiker zum Vollstrecker der Expertise wird; zweitens der dezisionistischen, wenn der Politiker die Expertise zu den Akten legt, sie zerplückt oder die ihm genehmen Stellen rauspickt; und drittens der pragmatischen, wenn der Politiker gemeinsam mit den Experten die Expertise den politischen Vorstellungen anpasst. So verschieden die Formen der Politikberatung sind, so einträchtig sind doch deren Folgen für die Legitimierung politischer Entscheidungen.

Das hat mehrere Gründe. Einer davon ist, dass die Rationalität der Wissenschaft keine geschlossene ist. Wissenschaftlicher Fortschritt ist keine konzentrische Ausdehnung des Wissens; das Zentrum verschiebt sich mit. Ein zweiter Grund ist, dass es eine politische Neutralität nicht geben kann. Wenn jemand vordergründig keine Partei ergreift, nutzt das letzten Endes der einen Partei mehr als der anderen. Eine politische Legitimierung aus wissenschaftlich-neutralem Wissen ist daher unmöglich. Aus Naturgesetzen können keine Gesetze eines Rechtsstaates abgeleitet werden. Jede Ableitung bliebe in der Wissenschaft. Transzendiert sie in die Politik, wird ihr eine politische Richtung vorgegeben. Selbst wenn im Extremfall der technokratischen Politikberatung die Wissenschaftler sich einer politischen Stellungnahme enthalten und sich auf die Ausarbeitung von Handlungs- und Gestaltungsalternativen beschränken, wird die Expertise gerade wegen ihrer Neutralität politisch dienstbar. Die Natur aber ist - selbst in der abgeschlossenen Rationalität einer historisch vollendeten Wissenschaft - keine überpolitische Autorität. Und wenn sie es wäre, wäre Demokratie unmöglich. Das Volk müsste seine Souveränität abtreten an graue, kalte Energiefelder ohne Zweck und Ziel. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Natur einen grünen, warmen Anstrich erhält und romantisch verklärt wird. Die zivile Ökologiebewegung unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht von liberalen Technokraten. Biotop und Kernkraftwerke verlaufen in parallelen Argumentationslinien. Jede Ökologiebewegung gerät unweigerlich in das Dilemma, auf der einen Seite basisdemokratisch sein zu wollen, auf der anderen Seite sich aber die politischen Entscheidungen von der Natur diktieren zu lassen.

Wie stark der Einfluss von Experten tatsächlich auf politische Entscheidungen ist, lässt sich aus ihrer Organisation in der Politik schließen. Fachwissen zur rationalen Legitimierung ihrer Entscheidungen können Politiker grundsätzlich beziehen auf dem Wege der parlamentarischen Anhörung. Bei der Anhörung informieren ein oder mehrere Experten das Parlament über einen Gegenstand. Beispielsweise zum Urheberrecht oder dem demographischen Wandel, zur Föderalismusreform oder der

Stammzellforschung. Die Experten informieren bei Anhörung selten das gesamte Parlament. Meist sind es Ausschüsse, wie der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit oder für Wirtschaft und Technologie, die sich Rat holen oder eigens eingerichtete Enquête-Kommissionen.

Enquête-Kommissionen wurden 1971 in die Geschäftsordnung des Bundestags aufgenommen, weil die Legislative der Exekutive misstraute. Es ging den Gesetzgebern also nicht darum, ihre politischen Entscheidungen zu legitimieren, sondern um die Kontrolle, ob Regierung und Verwaltung die Gesetze in ihrem Sinne befolgten und die beabsichtigten Ziele erreichten. Als Anhängsel des Parlaments sind Enquête-Kommissionen besetzt mit Abgeordneten (anteilmäßig zur Stimmverteilung im Bundestag) und von ihnen benannten Experten. Im Laufe der Zeit entwickelte sich das Kontrollorgan zu einem beschlussvorbereitenden Organ, das umfangreiche politische Entscheidung vorbereiten sollte, deren Informationsbedarf nicht mit einer Anhörung abgedeckt werden kann.

In der Regierungszeit von Gerhard Schröder haben sich die Kommissionen losgelöst vom Parlament und verselbständigt. Pilotprojekt war im Frühjahr 1999 die Wehrstrukturreform unter dem Vorsitz von Richard von Weizsäcker. Ein Jahr später folgte die Zuwanderungskommission mit Rita Süßmuth an der Spitze. Im Unterschied zu Anhörungen und den Tagungen der Enquête-Kommissionen, die öffentlich sind, tagten die von Schröder einberufenen Kommissionen hinter verschlossenen Türen und präsentierten nur ihre fertigen Ergebnisse.

Dass es dem Kanzler ernst war mit der Entmachtung des Parlaments und dem Rückbau der Demokratie, zeigt die Einberufung des Nationalen Ethikrates im Jahr 2001. Der Nationale Ethikrat verdrängte den Ethikbeirat im Gesundheitsministerium und verbannte die Enquête-Kommission ‚Recht und Ethik der modernen Medizin‘ in die politische Bedeutungslosigkeit. Fortan war die Aufmerksamkeit in bioethischen Angelegenheiten gerichtet auf den Nationalen Ethikrat. Alle Aufklärung ging aus von einem Gremium, das nicht demokratisch-partizipativ zusammengesetzt war, sondern dessen Mitglieder der Kanzler höchstpersönlich berief. Damit schuf Schröder den Experten ein eigenes Forum, das nicht mehr in die politisch-parlamentarische Arbeit eingebunden war. Das veranlasste Heribert Prantl dazu, in der Süddeutschen Zeitung (19.05.01) von Schröder als einem Apak zu sprechen, einem außerparlamentarisch agierenden Kanzler.

Als im November 2002 Schröder die Kommission für Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme unter dem Vorsitz von Bert Rürup einsetzte und die Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, angeleitet von Peter Hartz, ins Leben rief, hatte das Parlament völlig abgedankt. Empfehlungen einer Kommission, die eins zu eins umgesetzt werden sollten, ließen sich nicht mehr partizipativ legitimieren. Im blinden Vertrauen auf die rationale Legitimation der Empfehlungen sprach der Kanzler der Kommission schon einen politischen Freibrief aus, bevor sie die ersten Ergebnisse vorgelegt hatte. Schröder selbst erkannte den Mangel an partizipativer Legitimation der Kommissionen und sprach euphemistisch von einer Konsensdemokratie. So als fände sich in den Empfehlungen die Vernunft aller wieder. So als wäre die *volonté générale* dasselbe wie die *volonté de tous*. So als ginge die Partizipation in der Rationalität auf.

Tatsächlich wollte Schröder den Abschluss eines neuen Gesellschaftsvertrags mit der Bevölkerung gar nicht partizipativ legitimieren. Die tatsächliche Begründung für die Kommissionen lieferte Frank Walter Steinmeier in seinem Buch ‚Sicherheit im Wandel‘. Der damalige Kanzleramtschef sah sich in einer Politikverflechtungsfalle. Was nur heißen kann, dass die Regierung Schröder ihre Arbeit durch ein Zuviel an Demokratie behindert sah, dass sie die aufreibenden und zähfließenden Auseinandersetzung, das Ringen um den Kompromiss leid war. Denn in den Kommissionen sah Steinmeier die einzige Möglichkeit, schnell effizient und langfristig Politik machen zu können. Die Führung der Republik im Konsens, führte damit – versteckt – eine dritte Rechtfertigungsbasis ein. Steinmeier legitimierte die Politik seines Kanzlers operativ.

Die Beschleunigung politischer Entscheidungsfindung, das Ansinnen, mit möglichst geringem Aufwand politische Ziele zu erreichen ist neben der partizipativen und der rationalen Legitimierung eine neue Form der Legitimierung politischer Entscheidungen – die zudem die partizipative ersetzt. Die Empfehlungen der Experten müssen keine Verankerung in der Bevölkerung haben, es genügt, wenn sie die politischen Entscheidungswege abkürzen. Rationalität ist nicht etwas, das aus der Bevölkerung kommt oder von ihr getragen bzw. verstanden wird, sondern Rationalität ist etwas, das sich in den Händen politischer Eliten als Steuerungsinstrument bewährt. Dabei verengt sich die politische Elite zusehends in der Regierung. Das Parlament wird in eine passive Rolle gedrängt. Die Bevölkerung ist nur noch Steuerungsmasse.

Bricht die rationale Legitimation weg, bleibt von Schröders Regierungsansatz nur noch die operative Dimension übrig: Es wird durchregiert ohne Anbindung an die Vernunft, ohne Anbindung an die Bevölkerung. Gescheitert ist der Sachverstand der Experten bei der Reform des Arbeitsmarktes. Hartz IV ist teuer und funktioniert nicht. Die eins zu eins umgesetzten Empfehlungen erwiesen sich als untauglich. Daran wird eines deutlich: Die Legitimierung politischer Entscheidungen durch Experten kann auf eine partizipative Stütze nicht verzichten. Gesellschaftliche Großthemen dürfen nicht ausgelagert werden aus dem Parlament. Sie gehören öffentlich diskutiert, nicht in feudalen Hinterzimmern. Wer die politische Verantwortung für Reformen delegiert an Experten, nimmt ihr die partizipative Legitimierung und beraubt sich seiner eigenen Existenzberechtigung.

Das Vertrauen der Aufklärung in die legitimatorische Kraft der Vernunft bzw. der Rationalität hat einen Rückschlag erlitten durch Fehldiagnosen und -prognosen in der Wissenschaft, durch die Unfähigkeit von Experten, anstehende – auch politische – Probleme zu lösen. Umso mehr muss ihr die partizipative Kraft der Bevölkerung beistehen, um dem Rechtsstaat Stabilität, den Menschen Freiheit, Frieden und Sicherheit zu verleihen. Zumal Partizipation nicht die Abwesenheit von Vernunft bedeutet. Im Gegenteil. Es ist sehr vernünftig, den Empfehlungen von Experten kritisch gegenüber zu treten. Nicht nur weil es der Empfehlung an Rationalität mangeln könnte, d.h. sie Fehler enthalten könnte. Mit seiner Empfehlung kann ein Experte Interessen verfolgen, die sich nicht mit dem Wohl der Bevölkerung decken. Jeder Experte hat einen sozialen Hintergrund, vor dem er seine Empfehlung abgibt. Und jeder Experte ist ein Mensch – und damit käuflich.

Eine politische Richtung bekommt eine Expertise schon, indem Experten mit dem entsprechenden sozialen Hintergrund ausgewählt werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Experte von einer Universität kommt oder in einer transnationalen Organisation mitarbeitet. Steht diese unter dem Dach der Vereinten Nationen, umgibt sie der Anschein der Unverdächtigkeit. Das lässt sich politisch nutzen, die Experten lassen sich politisch vereinnahmen. Dass ausgerechnet die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) mit einem Gutachten zu den gesundheitlichen Strahlenschäden nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl beauftragt wurde, musste von Anfang an den Zweifel auf den Plan locken. Experten einer Organisation, deren Zweck es laut Satzung ist, einen „Beitrag der Atomenergie für Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit zu beschleunigen und auszuweiten“, mussten zu dem Schluss gelangen, dass von der Strahlung für die Bevölkerung keine

Belastung der Gesundheit ausging. Das Gutachten von 1991 hätte die Wissenschaftler der IAEA auch schon 1985 abfassen können.

Das Expertendasein verhilft heute nicht nur zu politischer Macht ohne Wählerauftrag. Das gesellschaftliche Ansehen geht einher mit erklecklichen Einnahmequellen. Die sprudeln natürlich nur dann, wenn der Experte im Sinne des Auftraggebers gutachtet. Vor allem Toxikologen haben sich hervorgetan als Experten, die mehr im Dienste ihres Portemonnaies stehen als in dem der Bevölkerung. Mit ihren Gutachten für Chemiekonzerne wie Monsanto oder BASF haben sie Tausende von Menschen um ihre Rente gebracht, die bei Dioxinunfällen arbeitsunfähig wurden. Die 20 000 Euro für ein Gutachten sind im Vergleich zur lebenslangen Rentenzahlung aus Sicht der Industrie eine lohnende Investition. Nicht anders verhält es sich in der Energieindustrie. Hier dienen sich wissenschaftliche Experten den Konzernen an, um beispielsweise die Müllverbrennung gesetzlich verpflichtend zu machen. Solange die gut bezahlen. Denn wissenschaftliches Wissen dient der Legitimierung verschiedener, ja gegensätzlicher politischer Positionen.

Das bleibt dem Wähler nicht verborgen. Er ist daher - rational - gut beraten, dem - vermeintlich rationalen - Rat der Experten zu misstrauen. Ein Politiker, der das auch tut, kann seine Entscheidung insofern sehr gut gegenüber dem Wähler legitimieren. Auf diesem Weg signalisiert er dem Wähler, dass ihm an der partizipativen Legitimierung einer politischen Entscheidung liegt, und dass er im Zweifelsfall die rationale Legitimierung nicht gegen die partizipative ausspielt. Denn auch das Wissen hat seine Grenzen im Wohl der Bevölkerung. Dieser muss auch - entgegen der Wissenschaft - ein Recht auf Nichtwissen zugestanden werden. Politisch relevant ist das Nichtwissen zum Beispiel in der Humangenetik. Betriebsdauer und Anfälligkeit eines menschlichen Organismus sind dessen Privatangelegenheit. Gegen seinen Willen darf ihm das Wissen um seine molekular angelegten Schwächen oder die seines heranreifenden Nachwuchses nicht aufgezwungen werden.

Eine weitere Grenze rationaler Legitimierungen findet sich in der Vielschichtigkeit von Wertvorstellungen und Weltbildern in der Bevölkerung. Ohne Zugang zu einer privilegierten Rationalität muss eine Demokratie die Pluralisierung der Lebensformen und Denkweisen einschließen können. Und sie muss die Entscheidungen ihrer politischen Repräsentanten unter den kritischen Augen einer vielschichtigen Bevölkerung rechtfertigen können. Aus dieser Schwierigkeit führt auch keine gelingende Aufklärung heraus. Selbst wenn es im Sinne der Aufklärung gelänge, die gesamte Bevölkerung von der

Rationalität der Wissenschaft zu überzeugen, so stünden die Politiker dennoch vor der Schwierigkeit einer rationalen Legitimierung. Wissenschaftliches Wissen ist abstrakt und gilt generell, es verallgemeinert den Einzelfall gegenüber allen Personen. Probleme, die einer politischen Entscheidung harren, sind jedoch konkret und meist stark individualisiert. Es geht um den Bau eines konkreten Kernkraftwerks an einem konkreten Ort mit einer individuellen Bevölkerung, um die Errichtung konkreter Sendemasten für Mobiltelefone, um die Ausbringung konkreter Saat gentechnisch veränderter Pflanzen.

Wissenschaftliches Wissen gilt unabhängig vom Problemumfeld. Doch genau das Problemumfeld ist ausschlaggebend für die vernünftige Lösung des Problems. Es muss also zu dem abstrakten wissenschaftlichen Wissen noch konkretes Wissen hinzukommen, um die politisch entschiedene Lösung rational legitimieren zu können. Dem kann man damit begegnen, dass man noch mehr Experten aufbietet. Allerdings sind die Experten, wie wir gesehen haben, zuweilen Grund der Verunsicherung darüber, ob eine Entscheidung die richtige ist. Eine größere Anzahl von Experten ist daher wenig geeignet, die rationale Legitimierung zu festigen. Aus operativer Sicht sind mehr Experten teurer, ohne die Erfolgsaussichten wesentlich zu verbessern, sie sind also ineffizient.

Ein nicht weniger verbreiteter Ansatz ist der Verzicht auf eine Legitimierung. Dieser Verzicht schiebt die Verantwortung ab, von der Öffentlichkeit ins Private. Ihre konkreten Probleme sollen die Individuen gefälligst selbst lösen. Das Deregulierung geheißene Vorgehen macht die politische Problemlösungsunfähigkeit unsichtbar. Ihr Verschwinden bekommen die Politiker honoriert von den Mächtigen im Staat, die ungehindert die Probleme in ihrem Sinne anpacken können – und so ihre Freiheiten auf Kosten der Schwachen ausweiten. Auf diese Weise verfehlen die Parlamentarier ihren Auftrag: für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen. Deregulierung meint in der Politik immer Delegitimierung.

Deregulierungstendenzen zeigen sich auch unter dem Mantel der Bürgergesellschaft. Im begrifflichen Kleide der Aufklärung schleicht sie durch die Parlamente: auf den leisen Sohlen der Nächstenliebe. Doch im engen Rock des Selbsthilfevermögens bleiben die Armen und Schwachen ihrem Elend überlassen oder werden mit einem Gnadenbrot abgespeist. Die Bürgergesellschaft ist eine Bürgergesellschaft und eben keine Arbeitergesellschaft. Wie ernst es den Bürgern mit der Verwirklichung ihrer Bürgergesellschaft ist, durften zuerst die Bauern in der Französischen Revolution erfahren.

Bürgergesellschaftliches Engagement setzt voraus, dass jemand dazu die Freiräume und Freiheiten besitzt.

Ganz zu schweigen von der nötigen Qualifikation. Die Entscheidungspositionen in bürgerschaftlichen Vereinigungen sind überproportional von Menschen besetzt, deren Partizipation an der Gesellschaft eh schon groß ist. Ihr steigender Einfluss geht einher mit einem sinkenden der Unterschicht. Für sie bleibt in der Gestalt von Hausfrauen und Arbeitslosen als bürgerschaftliches Engagement die Kärrnerarbeit im Sozialen, für die eine deregulierende Politik nicht mehr aufkommen möchte. Für sie ist es eine Sackgasse, die ihre Schichtzugehörigkeit nur zementiert.

Je mehr Mitgestaltungsrecht bürgerschaftliche Vereinigungen im politischen Leben eingeräumt wird, desto mehr verlieren die gewählten Parlamentarier an Einfluss. Denn gewählt sind die Vertreter der Bürgergesellschaft nicht, zumindest nicht von der Bevölkerung. Ihnen fehlt wie den Experten aus der Wissenschaft die partizipative Legitimierung. Über das Legitimierungsdefizit mag man bei Organisationen wie amnesty international oder dem BUND sympathisierend hinwegsehen. Zweifelhafte ist schon die Selbstgerechtigkeit von Greenpeace. Ganz und gar bedenklich müssen Verbände wie der ADAC oder der Bund der Steuerzahler stimmen. Nicht anders als Experten verfolgen bürgerschaftliche Vereinigungen ihre eigenen Interessen. Interessen, die selten von mehr Menschen vertreten werden, als die Vereinigung Mitglieder zählt. Die Bürgergesellschaft ist - schon wegen der Versammlungsfreiheit - nicht illegitim. Doch ihren politischen Forderungen ist mit derselben Skepsis zu begegnen, wie den Empfehlungen der (wissenschaftlichen) Experten.

Will ein demokratischer Politiker politische Entscheidungen, vor allem zu konkreten und individuellen Problemen, legitimiert sehen, bleibt ihm letztlich nichts anderes übrig, als die partizipative Legitimierung zu maximieren, weil ihm die rationale, von Experten und Verbänden an ihn herangetragene Legitimierung schwindet. Er muss absehen von der elitären Legitimierung, in der die Gründe für eine Entscheidung von oben nach unten durchgereicht werden, und sich einer egalitären Legitimierung zuwenden, in der ihm von Gleichen die Gründe horizontal zugeschoben werden. Die hierfür am häufigsten herangezogenen Instrumente sind die Bürgerkonferenzen und die Bürgerbefragung.

Bürgerkonferenzen sind vordergründig aufklärerisch. In Bürgerkonferenzen soll die Distanz zwischen Experten und Bevölkerung abgebaut, das Misstrauen in die Rationalität des

Expertentums geheilt werden. Sie stehen im Dienste der Ansicht, dass der Bevölkerung die rationalen Grundlagen einer politischen Entscheidung nur von einer Autorität erklärt werden müssen, damit sie diese verstehen und akzeptieren können. Daran aber ist schon ersichtlich, dass Bürgerkonferenzen wenig egalitär sind. Nur weil die Elite der Basis körperlich begegnet, im selben Raum zusammensitzt, sind die Anwesenden noch lange nicht gleichberechtigt. Das zeigt sich schon daran, dass eine Seite die Folien wendet, die der andere Teil begafft. Bürgerkonferenzen sind demnach nicht geeignet, die Mängel der Rationalität von Expertisen im politischen Entscheidungsfindungsprozess zu beseitigen.

Bei Bürgerbefragungen wird nach einem standardisierten Vorbild die Meinung der Bevölkerung zu einem politischen Problem abgefragt. Auf dem Weg der Legitimierung einer politischen Entscheidung durch Befragungen liegen so viele Abirrungen methodologischer oder interpretatorischer Art, dass sich kaum ein Befragter in der letztlichen Entscheidung wieder findet. – Wenn die Daten der Erhebung überhaupt in die Entscheidung einfließen.

Abfragen der Meinung und Aufklärung über Sachverhalte müssen vor einer politischen Entscheidung zusammenfinden. Dazu muss die Bevölkerung von ihrer Passivität befreit werden. Sie muss sich selbst mit ihrer Meinung einbringen können, in der Auseinandersetzung mit der Sache ihr Wissen erweitern können und so in den Stand gesetzt sein, die getroffene politische Entscheidung demokratisch und sachlich akzeptieren zu können. Dann ist eine politische Entscheidung partizipativ und rational legitimiert. Diese Legitimierung schließlich erfährt eine Entscheidung beim Volksentscheid.

Beim Volksentscheid ist die partizipative Komponente der Legitimierung maximal. Jeder kann mit seiner Stimme ein Vorhaben der Regierung befürworten oder ablehnen, jeder kann mit seiner Stimme ein Vorhaben der Regierung aufgeben. Die direkte Demokratie hat ihre Vorzüge in der Partizipation. Bestritten aber wird, dass die direkte Demokratie dazu geeignet ist sachlich die Entscheidungen zu treffen, die tatsächlich dem Wohl aller dienen. Vulgo: die Dummheit der Massen verhindere den Erhalt ihrer Freiheiten.

Der sprichwörtlichen Dummheit der Massen steht ein jüngerer Begriff entgegen. Die Schwarmintelligenz. Ein vielzitiertes Beispiel der Schwarmintelligenz gibt James Surowiecki in seinem Buch ‚The Wisdom of the Crowds‘. Darin berichtet er von einem Ereignis aus dem Jahre 1906. Die Bevölkerung einer Gemeinde war aufgerufen, das Gewicht eines Ochsen zu erraten.

Unter den Ratenden hatte kaum einer jemals Rinder gewogen. Man hätte daher erwarten dürfen, dass die Menschen mit ihren Schätzungen gehörig daneben lagen. Tatsächlich aber wuch das durchschnittlich geschätzte Gewicht des Ochsen nur unwesentlich ab von seinem tatsächlichen Gewicht. Daraus schloss Surowiecki, dass gewöhnliche Menschen in großer Zahl in der Summe mehr Sachverstand an den Tag legen als die größten Experten unter ihnen. Gemeinsam sind sie präziser im Urteil. Das macht Massenentscheidungen rational. Die Schwarmintelligenz in einer direkten Demokratie ist folglich hinreichend, um die partizipativ getroffenen Entscheidungen auch rational zu legitimieren.

Das Modell der Schwarmintelligenz finden wir heute in Wikipedia. Die Online-Enzyklopädie ist zum Inbegriff der Demokratisierung von Wissen auf globaler Ebene geworden. Jeder ist gleichermaßen befugt, sein Wissen zu einem beliebigen Thema einzubringen. Dem Durchschnitt einer Schätzung vergleichbar ist die gegenseitige Korrektur und Verbesserung der Wikipedianer. Dadurch ist eine Wissensdatenbank entstanden, die umfangreicher ist als die von Wissenschaftlern oder Experten. Und das, obwohl sie nicht so sehr ins Detail geht wie Expertendatenbanken. Indem die Nichtfachleute in ihren Enzyklopädieeinträgen nicht die Abstraktion wissenschaftlicher Texte erreichen, sind die Einträge für die Masse der Bevölkerung brauchbar. Allein aufgrund ihrer schiereren Masse speisen sie unerschöpflich Themen in Wikipedia, die sie stärker verbreiten als vertiefen. Dabei ist der wissenschaftliche Gehalt der Wikipedia durchaus vergleichbar mit dem der Encyclopedia Britannica. Im Schwarm der Verfasser finden sich immer Augen, die Fehler in Einträgen entdecken und beheben. Gerade mal 1,7 Minuten braucht es, bis die unbezahlten Editoren eine willkürlich eingetragene Obszönität entfernen. Das gesammelte Wissen der Massen ist daher auch im Hinblick auf die Geschlossenheit der Rationalität schneller und zuverlässiger verfügbar.

Zweifel an der Verlässlichkeit der Schwarmintelligenz hat jüngst in der Süddeutschen Zeitung (21.07.07) Larry Sanger angemeldet. Diese müssen zu denken geben. Schließlich handelt es sich bei Sanger um einen der Begründer von Wikipedia. Er befürchtet nun, dass die Wahrheit der Gleichheit untergeordnet werden könnte. Experten könnten Sangers Ansicht nach wesentlich effektiver zusammenfassen, was zu einem bestimmten Thema bekannt ist. Sie wüssten Dinge, die unter Laien unbekannt seien und hätten einen exklusiven Zugang zu Ressourcen, die der Erweiterung des Weltwissens dienen, schon allein, weil sie sich als Wissenschaftler mit einem Thema

beruflich befassen. Deshalb sollten sie bei der Erstellung einer Enzyklopädie eine herausgehobene Stellung einnehmen.

Die herausgehobene Stellung bringt jedoch eine folgenreiche Ungleichheit in die Wissensproduktion, die sich auch auf die Wahrheit auswirkt. Indem sich eine Personengruppe von der anderen absetzt, wird ihr Wissen nicht mehr öffentlich kontrolliert. Die Rationalität der Eliten beherrscht dann die Rationalität der Bevölkerung, die Expertenintelligenz dominiert dann die Schwarmintelligenz. Das ist spätestens dann bedenklich, wenn die geschlossene Rationalität innerhalb einer Wissenschaft beim Übertritt in die Politik aufgebrochen wird. Dort werden nicht mehr Formeln verwaltet, sondern Interessen abgewogen. Wenn Sanger nun beklagt, dass für einen Eintrag in Wikipedia Konsens und Kompromisse erforderlich seien, so zeichnet er damit nur die Rationalität politischer Willensbildung nach. Die Online-Enzyklopädie ist damit die verkörperte Eroberung des Wissens durch die Bevölkerung. Darin findet sich alles Wissen vom Volk, durch das Volk und für das Volk. Das ist Abraham Lincolns Kurzdefinition von Demokratie.

Dass sich das Schwarmwissen nicht immer mit dem Expertenwissen deckt, ist ein erkenntnistheoretisches Problem. Nicht aber eines der rationalen Legitimierung. Dem politischen Wissensmanagement möchte man geradezu das Motto beistellen: Wenn die Experten wüssten, was die Bevölkerung weiß! Zumal Sanger seine Befürchtung, das Wissen der Wikipedia könnte ins Irrationale abdriften, selbst entkräftet, wenn er beklagt, dass die Wikipedianer letztlich nichts anderes täten, als das Wissen zusammenzutragen, das sie aus den Büchern und Artikeln von Experten hätten. Also doch gleich die Experten ranlassen? Gemach! Das mag man bestenfalls bei abstraktem wissenschaftlichem Wissen befürworten. Zur Verbreitung des konkreten Wissens, das jeder durch seine persönlichen Erfahrungen einbringt, muss jeder einzelne selbst ermächtigt sein. Experten sind ja von der Wissensproduktion der Wikipedia nicht ausgeschlossen. Gemeinsam mit all den Wissensträgern, die beruflich nicht das Privileg genießen, sich mit der Abstraktion ihres Wissens zu beschäftigen, schaffen sie ein Wissen, das geeignet ist, den Zweck wissenschaftlichen Wissens zu erreichen: die Menschen aufzuklären.

Wikipedia versinnbildlicht die Aufklärung durch Partizipation. Wer sich an der öffentlichen Wissensproduktion beteiligen möchte, muss selber denken. Er muss argumentieren, für seine Ideen kämpfen. Er tut das auf Augenhöhe unter Gleichen im Angesicht der Vernunft. Nichts sonst, keine Autorität lenkt oder zensiert die Wissensproduktion der Online-Enzyklopädie. Am Beispiel von Wikipedia wird deutlich, wie sich jemand -

ohne formale Qualifikation – aus seinem Unwissen befreien und an der Wissensproduktion so beteiligen kann, dass aus einem geringen Beitrag ein rationales Ganzes entsteht. Wikipedia zeigt, wie aus der Partizipation Rationalität wird. Damit löst sie das demokratische Dilemma, dass es den partizipativ legitimierten Politikern an rationaler Legitimation (Sachverstand) fehlt: Wer die partizipative Legitimierung ausbaut, erweitert auch die rationale Legitimierung. Eine stärkere Akzeptanz politischer Entscheidungen ist dann bei der Bevölkerung zu erwarten, wenn die Bevölkerung stärker an politischen Entscheidungen beteiligt wird.

Davor scheut sich die Mehrzahl der Politiker. Heißt das doch auf einen Teil ihrer Macht verzichten und angenehme Privilegien einer Elitenzugehörigkeit abbauen. Bürgerkonferenzen und -befragungen sind ängstlich und halbherzig. Sie sind ein feudalpolitisches Feigenblatt, das eine Partizipation vorschürzen soll, wo keine ist. Die Befürchtung, dass die Bevölkerung genauso unwissend ist wie die Politiker, ist unbegründet. Denn genauso wie die Politiker macht sich die Bevölkerung schlau – wenn nötig –, bevor sie eine Entscheidung trifft. Eine Verschlechterung der sachlichen Qualität bei Volksentscheiden gegenüber parlamentarischen Beschlüssen ist daher nicht zu erwarten.

Vom Sammeln der Unterschriften für ein Volksbegehren bis hin zum abschließenden Volksentscheid zieht geraume Zeit ins Land. Genügend Zeit, um sich sachkundig zu machen, Vor- und Nachteile auszudiskutieren – das Wissen robust zu machen. Wer sich dann immer noch kein eigenes Urteil zu einem politischen Problem zutraut, orientiert sich in der Regel an den Meinungsmachern. Das sind Experten. In erster Linie Experten, die den Unentschiedenen persönlich bekannt sind. Erst in zweiter Reihe folgen sie den Experten, die in den Medien auftauchen. Oder aber sie enthalten sich wegen ihres Unentschiedenseins des Urteils. Ob sie sich nun enthalten oder dem Rat der Experten folgen, sie verhalten sich nicht anders als die gewählten Politiker im Parlament. Denn ebenso wie diese bringen sie gegen die Empfehlung von Experten darüber hinaus ihre eigene Urteilskraft ein – nur in größerer Anzahl. Diese Masse an Urteilskraft ist ein wichtiges Gegengewicht zu den Lobbygruppen der Bürgergesellschaft, die bereits Fürsprecher für ihre Interessen in Parlament und Regierung gefunden haben. Der DIHK, BDA, BDI und fast alle 30 DAX-Unternehmen haben eigene Hauptstadtbüros. Die Lobbyisten erhalten bisweilen die Rohentwürfe von Gesetzestexten vor den Abgeordneten. Ein Volksentscheid entschlackt die Politik von falschen Experten, denen es zur partizipativen auch noch an einer rationalen Legitimierung fehlt.

Wenn es der Bevölkerung zuzutrauen ist, dass sie die richtige Wahl trifft für ihre Vertreter im Parlament, dann ist sie nicht minder befähigt, die richtige Entscheidung bei einem politischen Problem zu fällen. Partizipation und Rationalität liegen in der Hand der Bevölkerung. Ihr Wissen ist der Maßstab für die Legitimierung politischer Entscheidungen. Das Wissen der Bevölkerung trägt eine Demokratie, wenn es Gegenstand des Selbstdenkens wird, wenn sich die Bevölkerung immer wieder der Fundamente ihres Wissens versichert. Das ist der Gedanke der Aufklärung, der die Rationalität einer Wissensgesellschaft in Bewegung hält. Eine erstarrte Rationalität macht die Bevölkerung zu passiven Empfängern und Konsumenten von Wissenshäppchen. Das ist der Gedanke der Offenbarung, der Gegenbewegung zur Aufklärung. Deren Experten haben demokratische Kräfte von der Kanzel gestoßen. Wir sollten uns hüten, dort neue Dogmatiker zu installieren. Wir sind keine Schafsherde, die einen Hirten braucht. Wir sind ein Schwarm von Fischen, der den Ozean durchstreift, von dem Isaac Newton nur die angespülten Muscheln zu Gesicht bekam.

Die (maßgebliche) Berufung auf Experten macht aus der Demokratie eine „Staatsform, in der man sagt, was man will, und tut, was einem gesagt wird“, wie der Komponist Gerald Barry sich ausdrückte. Dann wäre die Aufklärung auf halbem Wege stecken geblieben. Aufgeklärte Politiker müssen mehr direkte Demokratie wagen. Dann erfahren politische Entscheidungen ein Höchstmaß an Legitimation. Partizipativ wie rational. Das war auch dem Schriftsteller Elwyn Brooks White bewusst, als er schrieb: „Demokratie ist die wiederholt auftretende Vermutung, dass mehr als die Hälfte der Leute in mehr als der Hälfte der Fälle recht haben.“